

Die EZB hebt ihren Leitzins um 0,25 Prozentpunkte auf 4,25 Prozent an

## Im Schleudertrauma

Mit der Geldpolitik verhält es sich wie bei einem Wohnwagenspinn: Einmal ins Schleudern geraten, ist es schwer, wieder in die Spur zu kommen, ohne in den Graben zu fahren. Links lauert die Rezession, rechts die Inflation, und es braucht viel Fingerspitzengefühl, beides zu vermeiden. Die EZB macht nicht den Eindruck, das Lenkrad fest in der Hand zu halten. Anders als die US-amerikanische Fed hat sie spät und zögerlich auf die Inflation reagiert. Auch nach der jüngsten Zinsanhebung liegt der Leitzins mit 4,25 Prozent weiterhin unter der Inflationsrate. Diese hatte zuletzt im Euroraum 5,5 Prozent betragen, in Deutschland 6,4 Prozent. Der Realzins ist also negativ, das ist auf die Dauer keine gesunde Entwicklung. Die EZB sollte klar kommunizieren, daß sie diesen Zustand beenden wird.



von  
**Ulrich  
van Suntum**

„In Deutschland sind die Voraussetzungen für eine geldpolitische Roßkur schlecht.“

Doch die europäischen Notenbanker eien unentschlossen herum und hoffen offenbar, daß sich das Problem in den nächsten Monaten von selbst erledigt. Von Bundesbankpräsident Joachim Nagel hört man, daß man die nächsten Monatsdaten abwarten müsse. Aus Italien kommen Forderungen, daß es mit der restriktiven Geldpolitik erst mal wieder vorbei sein müsse. Dabei weiß man aus der Vergangenheit genau, daß geldpolitische Maßnahmen erst mit langer Verzögerung von manchmal anderthalb Jahren und mehr wirken. Wie beim Wohnwagenspinn bringt es daher nichts, zu zaghaft oder zu hektisch am Lenker zu drehen und damit den Schleuderkurs womöglich noch zu verstärken. Gefragt ist vielmehr ein klarer Kurs in Richtung Wiederherstellung der Geldwertstabilität. Das wäre auf längere Sicht auch der beste Weg, um wieder ein gesundes Wirtschaftswachstum zu ermöglichen. Wie in der Medizin wird man dabei

möglicherweise eine Erstverschlechterung in Kauf nehmen müssen. Wer zu lange geschlammpt hat, kann kaum erwarten, mit ein paar Pillen ohne Komplikationen sofort wieder gesund zu werden. Die entscheidenden Fehler wurden von der Geldpolitik in der Vergangenheit gemacht.

Entgegen allen Warnungen hat man die horrenden Kosten der Corona-Krise vor allem mit der Druckerpresse finanziert. Es war klar, daß dies früher oder später zu Inflation führen mußte. Trotzdem sprachen führende Ökonomen und Notenbanker viel zu lange von vorübergehenden Preisanstiegen oder phantasierten gar Deflationsgefahren herbei. Das rächt sich, denn jetzt sind umso stärkere Korrekturen notwendig, die in der Tat zu Rezessionsgefahren führen. Noch ist das Wirtschaftswachstum im Euroraum insgesamt leicht positiv, aber in Deutschland wird die Wirtschaftsleistung in diesem Jahr bereits sinken, wie der Internationale Währungsfonds prognostiziert. Hierzulande sind die Voraussetzungen für eine geldpolitische Roßkur aber auch besonders schlecht: Die höchsten Steuer- und Abgabenlasten in Europa, die weltweit höchsten Energiepreise und eine geradezu verrückte Lust an planwirtschaftlichen Verboten und Befehlen treiben zunehmend Unternehmen und leistungswillige

Fachkräfte aus dem Land. Auch das ist eine Parallele zur Medizin: Je ungesünder der Patient lebt, desto schlechter ist sein Immunsystem und desto weniger gut sind seine Genesungsaussichten. Notwendig wäre daher eine Rückbesinnung auf Geldwertstabilität und Marktwirtschaft, wovon die deutsche Politik aber meilenweit entfernt ist.

**Prof. Dr. Ulrich van Suntum** lehrte bis 2020 VWL an der Wilhelms-Universität Münster.

US-Amerikanerin wird nicht Chefökonomin der EU-Wettbewerbsbehörde

## Brüsseler Personalskandal

Von **Albrecht Rothacher**

Es sollte diskret über die Bühne gehen. Die Stelle des Chefökonomin der allmächtigen Brüsseler Generaldirektion für Wettbewerb wurde im März so klammheimlich ausgeschrieben, daß nur elf Bewerbungen eintrudelten – trotz steuerfreiem 20.000-Euro-Monatsgehalt. Zufällig fehlte das nach dem EU-Beamtenstatut vorgeschriebene Kriterium einer EU-Staatsangehörigkeit. So sollte nach dem Wunsch der dänischen Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager die US-Amerikanerin Fiona Scott Morton den Job erhalten.

Das Kommissarskollegium nickte die Ernennung im Juli in dem Glauben ab, die 56jährige sei Irin. Auch über deren Beraterfähigkeit für US-Tech- und Pharmazien wurden sie im Dunkeln gelassen – dabei wären über ihren Schreibtisch vertrauliche Firmen-Informationen, Analysen und Entscheidungen gewandert. Erst als Emmanuel Macron intervenierte, fünf EU-Kommissare und das Europaparlament protestierten, zog die Yale-Professorin ihre Kandidatur zurück. Für Grüne war das nur „purer Antiamerikanismus“. Zurück bleibt eine angeschlagene Wettbewerbskommissarin, die dennoch Chefin der Europäischen Investitionsbank

werden will, bislang aber nur durch verlorene Prozesse gegen US-Tech-Konzerne Schlagzeilen machte. Und ihre Chefin Ursula von der Leyen, der in ihrer Endzeit mehr und mehr Kommissare abhandeln kommen. Angefangen von der Bulgarin Marija Gabriel, die Außenministerin wurde, und demnächst auch ihr Klima-Vize Frans Timmermans, der Apatollah des selbstzerstörerischen „Green Deals“, der als Kandidat eines rot-grünen Anti-Bauern-Bündnisses Premier der Niederlande werden will.

Grundsätzlich zeigt jedoch diese schlechte Sommer-Komödie die Schwächen des Brüsseler Apparates auf. Vor Jahren schon wurden die zuvor sehr selektiven Aufnahmeprüfungen von Intelligenztests, bei denen unter Zeit- und Entscheidungsdruck vor allem Frauen durchfielen, durch „Situationstests“ ersetzt, die konformistische und hierarchiehörige Einstellungen prämiieren. Entsprechend wandelte sich die EU-Beamenschaft. Das Ergebnis ist ein weltfremder, schikanöser Regelungswahn in missionarischer und schamschlägerischer Absicht ganz im Sinne der Merkelianerin von der Leyen, der Linkliberalen Vestager und des Sozialisten Timmermans.



**Ministerpräsidentin Giorgia Meloni in Mailand:** Die Regierung hat gewechselt, aber die Brüsseler Milliarden versichern weiterhin

## Kontrollverlust im Fördertopf

**EU-Politik:** Italiens „Superbonus 110 Prozent“, Klimaanlagen und andere Absurditäten

**DIRK MEYER**

Eine gemeinschaftliche Haftung – wie etwa bei Eurobonds – werde es nicht geben, „solange ich lebe“. Das versprach Angela Merkel im Zeichen der Eurokrise 2012. Acht Jahre später galt diese Aussage nicht mehr, denn da beschloß der Europäische Rat einen Corona-Wiederaufbaufonds bei einer EU-Schuldenaufnahme von 807 Milliarden Euro bis 2027. Die Mittel sollen zu 42 Prozent als „verlorene“ Zuschüsse und zu 48 Prozent als rückzahlbare Kredithilfen an die Eurostaaten vergeben werden. Zu zehn Prozent stocken sie bisherige EU-Programme auf.

Nach Berechnungen des Bundesrechnungshofes führt dies zu einer deutschen Nettobelastung von 66 Milliarden Euro. Denn die Hilfen konzentrieren sich auf die hochverschuldeten EU-Länder, voran Italien mit insgesamt 191 Milliarden Euro, davon 69 Milliarden Euro als Zuschüsse. Zusätzlich haftet Deutschland mit mindestens 24 Prozent für etwaige Tilgungsausfälle anderer Mitgliedstaaten, sollten diese ihren Anteil nicht leisten können oder wollen – die von Griechenland und Polen erhobenen Reparationsansprüche könnten einen Anlaß bieten.

„Wir haben ein System aufgebaut, das nur wenige Kontrollen vorsieht“

Doch die so finanzierten „Aufbaupläne“ werden indes nur von der EU-Kommission genehmigt und vom Ministerrat angenommen. Trotz der erheblichen finanziellen Netto-Zuführungen und Haftungszusagen bleibt der Bundestag außen vor. Hinzu kommt, daß die italienische Regierung per Dekret den nationalen Rechnungshof von der begleitenden Überwachung ausgeschlossen hat. Überprüfungen finden jetzt nur zu Projektbeginn sowie nachträglich statt. In der Vergangenheit führten die Zwischenkontrollen zu Korrekturen und bei schwerwiegenden Unregelmäßigkeiten auch zu Verfahren gegen die Verantwortlichen.

Jetzt gilt in Italien „freie Regierungshand“ – indirekt auch für deutsche Steuergelder. Dabei hatte Ex-Premier Mario Draghi anlässlich bekannt ge-

wordener Mißstände bei der Fördermittelvergabe noch festgestellt: „Wir sind in dieser Situation, weil wir ein System aufgebaut haben, das nur sehr wenige Kontrollen vorsieht.“ So wurde mit dem 420 Millionen Euro schweren und EU-genehmigten Programm „zur Rettung und Wiederbelebung sterbender Dörfer“ auch das 142-Einwohner-Dorf Trevignano in der Provinz Viterbo nördlich von Rom gefördert – zur Wirtschaftsstärkung und zur Bekämpfung der Abwanderung mit 140.845,07 Euro pro Kopf. Die Sanierung des Fußballstadions von Florenz mit 194 Millionen Euro (davon 64 Millionen Euro EU-Mittel) und der Neubau eines Stadions in Venedig mit Gesamtkosten von 303 Millionen Euro (davon 93 Millionen Euro EU-Mittel) konnten in letzter Minute gestoppt werden.

Ein fragwürdiges Programm ist auch der „Superbonus 110 Prozent“ des „Decreto Aiuti“ (Beihilfedeckret). Eigentümer von Häusern und Wohnungen bekommen die Kosten für Energieinvestitionen in Höhe von 110 Prozent als Steuergutscheine vom Staat ersetzt. Ein gutes Geschäft: Zum Rechnungsbetrag werden zehn Prozent draufgelegt, die als eine Art Aufschlag für die Handelbarkeit und dabei entstehende Provisionen der Gutscheine gelten können. Denn mangels Liquidität können die Auftraggeber die Steuergutscheine an die Bauunternehmen übertragen, die diese wiederum ihrer Bank gegen Guthrift einreichen.

502.349 Wärmepumpen wurden so 2022 eingebaut, in Deutschland nur 236.000. Allerdings in Italien oft zusätzlich zur Gasheizung als Kombigerät mit Klimaanlage für den Sommer. Kostenvorschläge einholen – wozu denn? Dieses Konstrukt läßt zum Betrug geradezu ein. Durch überhöht ausgewiesene Rechnungen für die Steuergutscheine lassen sich nicht nur neue Heizkessel, Wärmedämmung und Solaranlagen privatkostenfrei finanzieren. Die Differenz kann zu Lasten des Staates und der EU auch noch geteilt werden. Zwar wurde der Mißstand von der italienischen Regierung eingestanden, aber das System funktioniert anscheinend trotz angekündigter Kontrollen weiterhin.

„Die Betrügereien gehören zu den größten, die diese Republik je gesehen hat“, gab Ex-Finanzminister Daniele Franco zu. Zudem erkannte die Finanzbehörde eine weitere Betrugsmethode und beschlagnahmte Steuergutscheine im Wert von 2,3

Milliarden Euro, wobei der Schaden sogar bis zu vier Milliarden Euro betragen könnte. Die Methode war ein Handel mit nichtexistierenden Steuergutscheinen, mit denen Mafiosi über Scheinfirmen Arbeiten vorgetauscht haben, die nie stattfanden. Zudem betraf diese Methode generell Investitionsprämien, so Behördenchef Ernesto Maria Ruffini. Als weitere negative Effekte wurden Preissteigerungen für energetische Sanierungen und fragwürdige Qualitäten der Arbeiten festgestellt, denn der Superbonus hebt die Nachfrage über die verfügbaren Handwerkskapazitäten in dieser Branche.

Die Neuverschuldung ist von fünf auf acht Prozent geklettert

Aktuell ist der Steuerbonus verlängert worden. Allerdings wurde der Weiterverkauf der Guthriftent unterschätzt. Eine schrittweise Kürzung ist ab 2024 geplant – dann dürften auch die Überweisungen aus Brüssel versiegen. Das Steuergeschenk wird einschließlich verschiedener anderer Bauförderungen auf 110 Milliarden Euro geschätzt, davon etwa 75 Milliarden Euro für den Superbonus. Der Betrag wird fiskalisch verschmerzt, indem Italien 15,3 Milliarden Euro für die „Steigerung der Energieeffizienz“ aus Brüssel erhält. Hinzu kommt ein Entgegenkommen des EU-Statistikamtes Eurostat. Geplant war, die Belastungen dann als Steuerminderereinnahme in die staatliche Defizitberechnung einfließen zu lassen, wenn sie anfallen.

Weil die Steuergutscheine im italienischen Modell wie eine Staatsausgabe zum Zeitpunkt der Bewilligung verbucht werden. Deshalb wird die staatliche Neuverschuldung Italiens für 2022 rückwirkend statt fünf nunmehr acht Prozent des Bruttoinlandsproduktes betragen – und die Regierung Meloni kann diesen Spielraum weiter nutzen – bei einer Staatsverschuldung von 145 Prozent. Noi non potemo avere perfetta vita senza amici – Wir können kein perfektes Leben ohne Freunde führen.

**Prof. Dr. Dirk Meyer** lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. 2002 erschien sein Buch „Europäische Union und Währungsunion in der Dauerkrise“ (Springer Fachmedien).

**Der Souverän der Kirche ist Gott!**

Gespräche über Kirche, Philosophie und Politik

Gerhard Ludwig Kardinal Müller  
Lothar C. Rillinger

328 S. | 18,50 € | ISBN: 978-3-942605-30-4



Jetzt bestellen!



**LEPANTO VERLAG**

Katholischer Verlag für Theologie und Philosophie

Bestellungen:

Webshop: [www.lepanto-verlag.de](http://www.lepanto-verlag.de) | Auslieferung: [lepanto@azb.de](mailto:lepanto@azb.de)  
Tel.: +49 (0) 2832 929 295 | Und beim Buchhändler Ihrer Wahl!

**B M V**  
Berliner Medienvertrieb  
Print und Online

**DAS TAPPERE SCHNEIDERLEIN STAUNT: 26.900 SELBSTÄNDIGE AUF EINEN STREICH**

Werben in der Finanzbeilage der JF:  
Der direkte Weg zu Ihrer Zielgruppe.  
Ich berate Sie gern!

Herr Beck · Telefon 030 - 86 49 53 - 57  
[beck@berliner-medienvertrieb.de](mailto:beck@berliner-medienvertrieb.de)

**WENN NIEMAND MEHR ÜBER INHAFTIERTE JOURNALISTEN IN CHINA SCHREIBT, SIND DANN ALLE WIEDER FREI?**

**REPORTER OHNE GRENZEN**